

JANUSZ MARSZALEC

DER POLNISCHE UNTERGRUNDSTAAT UND DIE POLNISCHEN KOMMUNISTEN

Der unter deutscher Besatzung im Entstehen begriffene polnische Untergrund hatte sicherlich wichtigere Probleme, als sich über sein Verhältnis zum Kommunismus und zu den Kommunisten Gedanken zu machen. Anders lagen die Dinge in jenem Teil der Polnischen Republik, der aufgrund des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 23. September 1939 der UdSSR zugefallen war. Das Verhältnis zum Kommunismus war dort im Grunde gleichbedeutend mit dem Verhältnis zum Aggressor und seinen Bedienten, wie auch zu den polnischen Kommunisten, die die neue Sowjetmacht unterstützten. Polen, die mit den Sowjets kollaborierten, egal ob sie Kommunisten oder einfach nur Konformisten waren, wurden dort als Verräter betrachtet, die man nach der Okkupation einer harten Strafe zuführen wollte. Im Inneren des Landes – in den von den Deutschen besetzten beziehungsweise direkt dem Reich eingegliederten Gebieten –, das heißt dort, wo der kommunistische Totalitarismus nur vom Hörensagen bekannt war, dachte man eigentlich ganz ähnlich. Der Kommunismus hatte sich als politische und ideologische Formation beziehungsweise Bewegung restlos kompromittiert. Dies hinderte die verschiedenen kleinen kommunistischen Gruppierungen jedoch nicht am Fortbestehen, auch wenn sie die Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Deutschland verwirrte. Sie waren so etwas wie eine „Lebensform der Überdauerung“, die nur auf den richtigen Moment wartete, um kraftvoll wiederzuerstehen. 1941, nach dem Beginn des Krieges zwischen den ehemaligen Verbündeten und der Bewältigung des ersten Kriegschaos begannen die Kommunisten zu erstarken. Katalysator dafür war die politische Rückenstärkung aus der UdSSR. Ohne diese wäre nichts geschehen, und die kommunistische Konspiration wäre, sofern sie nicht von radikal-nationalen bewaffneten Gruppen dem Erdboden gleichgemacht worden wäre, nur eine von vielen Kleinstparteien im polnischen Untergrund.

Im vorliegenden Artikel werde ich mich ausschließlich mit den „polnischen“, sprich „heimischen Kommunisten“ beschäftigen, die Anfang 1942 zunächst die Polnische Arbeiterpartei (*Polska Partia Robotnicza*,

PPR) und anschließend den bewaffneten Arm der Partei, die Volksgarde (*Gwardia Ludowa*, GL), gründeten, die dann später in die Volksarmee (*Armia Ludowa*, AL) umgewandelt wurde. Es fällt jedoch schwer, bei dieser Problematik die UdSSR außen vor zu lassen; manchmal ist es geradezu unmöglich zwischen äußeren, also sowjetischen, und inneren, also nationalen, Einflüssen zu unterscheiden. Manche kommunistischen Partisaneneinheiten, die im Inneren des Landes operierten, waren gemischte Gruppen, das heißt, sie setzten sich nicht nur aus polnischen Kommunisten zusammen, sondern auch aus Sowjetbürgern, die aus dem „Mutterland des Proletariats“ eingesickert waren, sowie aus Sowjetsoldaten, die aus Gefangenendlagern geflüchtet waren. Man kann wohl die Behauptung riskieren, es habe keine kommunistische Einheit gegeben, in der ausschließlich Polen gekämpft hätten. Für das Verständnis am wichtigsten ist jedoch, dass der kommunistische Untergrund von überzeugten Anhängern der UdSSR gebildet wurde.

„Polnische Kommunisten“ sind für mich also Mitglieder der PPR und der GL-AL sowie all diejenigen, die sich als Anhänger des revolutionären Lagers bezeichneten und sich politisch an der Sowjetunion orientierten. Wenn möglich werde ich es vermeiden, zu Problemen Stellung zu nehmen, die als Elemente der polnisch-sowjetischen Beziehungen betrachtet werden könnten. Mich interessiert auch nicht die Interaktion zwischen den Kommunisten und den verschiedenen im Untergrund tätigen Gruppen, die nicht in die offiziellen Strukturen des Polnischen Untergrundstaates eingebunden waren – ich werde also nicht die Beziehungen der Kommunisten zu den Nationalen Streitkräften (*Narodowe Siły Zbrojne*, NSZ) analysieren. Ziel dieses kurzen Beitrags ist es, das Verhältnis der PPR sowie der GL-AL zur zivilen und militärischen Führung des Untergrunds sowie zu den wichtigsten politischen Zentren des Landes, die im Rat der Nationalen Einheit (*Rada Jedności Narodowej*, RJN) vertreten waren, zu skizzieren – und zwar aus der Warschauer Perspektive. Diese Eingrenzung ist auch deshalb sinnvoll, weil bisher noch niemand die komplexe Quellenforschung abgeschlossen hat, die die Beziehungen zwischen den Kommunisten und der Heimatarmee (*Armia Krajowa*, AK) beziehungsweise der Regierungsdiktatur auf lokaler Ebene beschreiben.

Ich beginne mit meiner Analyse im Jahr 1939 und Ende 1944. Die zweite Zäsur hängt mit dem Schlusspunkt der wichtigsten Entwicklungsphase des Untergrundstaates zusammen. Diese endete mit dem Scheitern des Warschauer Aufstands, mit der Zerschlagung der bisher gut funktionierenden Strukturen der zivilen und militärischen Konspiration sowie mit der Besetzung eines beträchtlichen Teils von Polen durch die Rote Armee. Zu diesem Zeitpunkt ist die Frage des Verhältnisses der Eliten des Untergrunds zum Kommunismus fast ausschließlich nur noch eine Frage des

Verhältnisses zu den Sowjets. Zugleich nahm der Konflikt zwischen dem AK-Untergrund und dem kommunistischen PPR-Untergrund – bis dahin war dieser ein innerer Streit gewesen, der ungeheures Potential hatte, sich zu einem internationalen politischen Streit auszuwachsen –, Züge an, die den bisherigen Rahmen überschritten. Dieser Schlussakt interessiert mich folglich nicht mehr, da ich nicht die Absicht habe, eine Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen während des Krieges zu schreiben.

Die Anfänge: 1939–1941

Offenheit und Demokratie waren die beiden Grundprinzipien des ab 1939 entstehenden militärischen Untergrunds. In der „Instruktion für den Bürger Rakoń“ [Pseudonym Roweckis], der ersten wichtigen Direktive von General Kazimierz Sosnkowski, dem Oberkommandierenden des Verbandes für den Bewaffneten Kampfes (*Związek Walki Zbrojnej Armii Krajowej*, ZWZ-AK), an General Stefan Rowecki heißt es:

„Auf polnischem Boden wird kein Unterschied gemacht zwischen denen, die einer Idee dienen wollen und ihr Leben riskieren in der schwersten und vermutlich auch schwierigsten Konspiration in der Geschichte Polens. [...] Daher gilt in Polen der Grundsatz der Gleichheit für alle Organisationen, gleich welcher politischen und ideologischen Couleur.“¹

Dieser Grundsatz konnte jedoch nicht für diejenigen gelten, die die Legalität der Herrschaft in Frage stellten und Gegner der Souveränität und Integrität der Polnischen Republik waren. Dieser bereits zu Beginn des Krieges vertretene Standpunkt war richtungweisend für das weitere Handeln des von Jahr zu Jahr stärker werdenden Polnischen Untergrundstaates. Das war auch die Auffassung der politischen Parteien, von denen die Polnische Sozialistische Partei (*Polska Partia Socjalistyczna – Wolność-Równość-Niepodległość*, PPS) und die Arbeitspartei (*Stronnictwo Pracy*, SP) die entschiedenste Haltung gegenüber den Kommunisten an den Tag legten (die natürlich noch von den Vertretern des ehemaligen Nationalradikalen Lagers übertroffen wurde, nur dass diese außerhalb der Strukturen des Untergrundstaates standen).²

¹ Instruktion für den Bürger Rakoń, 4.12.1939, in: *Armia Krajowa w dokumentach 1939–1945*, hg. v. TADEUSZ PEŁCZYŃSKI u. a., Bd. 1: September 1939–Juni 1941, London 1970, S. 19.

² Brief von Kazimierz Pużak zum Thema Zusammenarbeit zwischen den Parteien und dem ZWZ-AK, 28.1.1941, in: ebd, S. 466.

Innerhalb der Untergrundbewegung gab es, aufgrund des hochkonspirativen Charakters, anfänglich jedoch noch kein internes kommunistisches Problem. Auch in der Untergrundpublizistik, die sich ausschließlich auf den sowjetischen Terror in den polnischen, der UdSSR einverleibten Gebieten konzentrierte, war dies kein Thema. Erstmalig Erwähnung fanden die polnischen Kommunisten Anfang 1940. In einem Bericht für das Jahr 1939 schrieb General Rowecki, dass die Kommunisten in Warschau erfolglos agieren, ähnlich wie im Dombrower Becken, wo sie angeblich versucht hätten, eine nationalkommunistische Gruppe zu bilden. Der Befehlshaber des ZWZ-AK tat das Problem mit wenigen Worten ab: „Die Aktionen der Kommunisten, welcher Art auch immer, sind zum Scheitern verurteilt, da das Beispiel von Lemberg zu frisch in Erinnerung ist.“³ Aus dieser Zeit stammen auch andere Beobachtungen, die das Potential der heimischen Kommunisten ähnlich einschätzen, wobei sie deren Hilflosigkeit und Verlorenheit hervorheben (z. B. wurde das Eintreffen von kommunistischen „Emissären“ im Generalgouvernement registriert, die eine Art Volksfront zu organisieren versuchten – und zwar interesseranterweise gegen die Deutschen). Es ist nicht auszuschließen, dass dies eine eigenmächtige Aktion einer radikalen, linken Gruppe war, deren Mitglieder den Naziterror am eigenen Leibe erfahren hatten und die Zusammenarbeit ihres sowjetischen Protektors mit den Deutschen nicht nachvollziehen konnten.⁴

Im Bericht von Oberstleutnant Kazimierz Iranek-Osmecki („Antoni“), dem Emissär des Oberbefehlshabers, wird die Rolle der Kommunisten dagegen nicht unterschätzt. 1941 wies er auf die Desinformationskampagne der Kommunisten hin, die verkündeten, dass die Sowjets schon bald den Polen zur Hilfe kämen (was angeblich mit der Exilregierung in London abgesprochen war). „Antoni“ stellte fest, dass diese politische Diversion katastrophale Folgen haben könnte.⁵ Dies war eine weitsichtige Einschätzung, zumal es vor dem 22. Juni 1941 noch keine Anzeichen gab, dass sich diese Prognose erfüllen könnte.

Auch die Presse, die zu jener Zeit ein Organ der Untergrundführung war, beschäftigte sich mit der sich hier und da bemerkbar machenden kommunistischen Bewegung. Als Erster reagierte im Frühling 1940 das „Informationsbulletin“ (*Buletyn Informacyjny*), das enigmatisch von einer Plakatierung des Sozialistischen Jugendbundes „Spartakus“ berichtete. In

³ Meldung Nr. 4 von General Rowecki an General Sosnkowski, 8.2.1940, in: ebd., S. 116 f.

⁴ Meldung Nr. 15 von General Rowecki an General Sosnkowski über die innere Lage für den Zeitraum vom 15.3. bis zum 2.4.1940, in: ebd., S. 201.

⁵ Archiv für das Studium der Polnischen Untergrundbewegung, London (ASPP), 3.1.2.1.2, Bericht von „Antoni“, 1941, Bl. 16.

der kurzen Notiz war jedoch kein Platz, um die Ziele oder Taktik der polnischen Kommunisten zu analysieren.⁶

Eine entschiedenere Wortmeldung findet man im „Biuletyn Informacyjny“, der wichtigsten Publikation der Hauptkommandantur der Heimatarmee, erst im Sommer 1941. Damals wurden die Kommunisten zum ersten Mal direkt als Moskaus Agentennetz bezeichnet. Der Artikel enthielt das dramatische Piłsudski-Zitat: „Ich wiederhole, hütet euch in Zeiten der Krise vor den Agentennetzen!“⁷ Scharfe Worte fand auch „Robotnik“ (Der Arbeiter) der PPS, der die Analyse der kommunistischen Tätigkeit unter deutscher Besatzung mit dem bezeichnenden Titel „Kommunistische Schurkereien“ (21.-30. November 1940) versah.⁸ Im Artikel wurde an die kommunistisch-nationalsozialistische Zusammenarbeit erinnert und den polnischen Kommunisten vorgeworfen, sie würden die Grausamkeiten der deutschen und sowjetischen Okkupation verschweigen. Die gleiche Argumentation benutzten die „Dokumenty Chwili“ (Dokumente des Augenblicks), die vom Departement für Information und Dokumentation der Regierungsdelegatur herausgegeben wurden. Am 13. Juni 1941, also gerade einmal eine Woche vor dem deutschen Angriff auf die UdSSR, beschuldigten die Redakteure die Kommunisten, Spionage und Flüsterpropaganda zu betreiben sowie Unruhe zu stiften, und sagten das baldige Ende des Bündnisses vorher.⁹

Die in diesen Äußerungen verwendete Argumentation besticht nicht gerade durch Originalität. Die Presse schrieb nämlich von einem allgemeinen Empfinden, das auf die Beobachtung des Okkupationssystems im östlichen Polen zurückzuführen war. Trotz des Grenzkordons sickerten Informationen durch, die ein authentisches Bild von der sowjetischen Besatzung zeichneten. Das genügte, um den Polen endgültig den Kommunismus zu verleiden; Und dies obwohl entsprechende Artikel in der Presse weder inhaltsreich waren noch regelmäßig erschienen (was nur zu verständlich ist, da die kommunistischen Aktivitäten vor dem Juni 1941 im deutschen Besatzungsgebiet tatsächlich kümmerlich waren).

Die Position des Untergrundes, das heißt des ZWZ-AK und der politischen Parteien, die im Politischen Verständigungskomitee (*Polityczny Komitet Porozumiewawczy*, PKP) und anschließend in der Regierungs-

⁶ Die Kommunisten, Biuletyn Informacyjny, 29.3.1940, in: Polskie Państwo Podziemne wobec komunistów polskich (1939–1945). Wypisy z prasy konspiracyjnej, hg. v. KAROL SACEWICZ, Olsztyn 2005, S. 15 f.

⁷ Freiwillige Mitarbeiter fremder Agentennetze, Biuletyn Informacyjny, 12.8.1942, in: ebd., S. 19.

⁸ Zum Inhalt des Artikels: ebd., S. 20.

⁹ Ebd., S. 21.

delegatur für Polen (*Delegatura Rządu na Kraj*) vertreten waren, war also von Anfang an klar: Der Kommunismus als Ideologie ist die politische Wahl des einzelnen Bürgers; die Kommunisten zu unterstützen, heißt unter den Bedingungen der Okkupation aber, den Sowjets zu helfen, die über die Hälfte des Landes besetzten. Auf diese Weise begann man zu versuchen, die Kommunisten politisch zu isolieren. In der Zeit vor dem deutschen Angriff auf die UdSSR fürchtete sich allerdings niemand übermäßig vor dieser Ideologie oder dem kommunistischen Einfluss. Man glaubte, dass der Sieg aus dem Westen kommen würde. Stimmen und Analysen, die eine wachsende Bedeutung der Kommunisten als ein Vorposten des sowjetischen Einflusses in Betracht zogen, waren die Ausnahme. In den Jahren 1939-1941 waren dies reine Spekulationen, viel dringlicher war der Kampf in den polnischen Ostgebieten um das Fortbestehen des polnischen Elements, die Bekämpfung sowjetischer Spitzel beziehungsweise der Wiederaufbau des durch Verhaftungen geschwächten Untergrunds.

Zu den wenigen, die von Anfang an die Frage der kommunistischen Bedrohung zur Sprache brachten, gehörte Henryk Glass und seine Gruppe, die unter dem Decknamen „Blok“ firmierte. Dabei handelte es sich um die Nachfolgeorganisation des Antikommunistischen Abkommens (*Porozumienie Antykomunistyczne*), das seit 1926 in Polen tätig war. Die Gruppe, die Ende 1939, Anfang 1940 aktiv wurde, verbreitete Informationen und Propaganda und betrieb, wenn auch in wesentlich geringerem Maße, Geheimdienstarbeit.¹⁰

Der Polnische Untergrundstaat und die Kommunisten nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges

Das Sikorski-Majski-Abkommen vom Juli 1941 führte zwar zu einer Verständigung zwischen Polen und der Sowjetunion, machte die polnischen Kommunisten jedoch keineswegs zu Bündnispartnern des Untergrundstaates. Das konnten sie auch nicht sein, da sie in den Anfangsmonaten des deutsch-sowjetischen Krieges politisch und gesellschaftlich unbedeutend waren und vor allen Dingen als Agentennetz Moskaus betrachtet wurden. Anfänglich wurde dies jedoch nicht öffentlich geäußert. Nicht ignorieren ließ sich dagegen die Tätigkeit des sowjetischen Geheimdienstes auf polnischem Boden und jener Gruppen, die bereits seit Herbst 1941 im Hinter-

¹⁰ JANUSZ MARSZALEC, Działalność informacyjna i propagandowa agend Polskiego Państwa Podziemnego w kwestii komunistycznej, in: Działalność informacyjna Polskiego Państwa Podziemnego, hg. v. WALDEMAR GRABOWSKI, Warszawa 2003, S. 134-153, hier S. 135.

land der nach Osten vordrängenden Wehrmacht aus der Luft abgesetzt wurden und für Sabotageaktionen im Rücken des Feindes sorgen sollten. Die sowjetischen Luftlandungen machten der Bevölkerung zunehmend zu schaffen (die Einheiten requirierten rücksichtslos Lebensmittel), außerdem zogen sie Vergeltungsmaßnahmen der Deutschen nach sich. General Rowecki („Grot“) wollte auf polnischem Territorium keine bewaffneten Aktionen gegen die Deutschen dulden, über die er keine Kontrolle hatte. Am 19. November 1941 schrieb er an Ministerpräsident Władysław Sikorski nach London: „Ich bitte inständig, uns nicht mit dem sowjetischen Geheimdienst in Verbindung zu setzen, auch nicht auf sowjetischem Gebiet. Die Verbindung mit ihnen ausschließlich über die Zentrale.“¹¹

Zwischen Juni und Dezember 1941 führte das Büro für Information und Propaganda des Oberkommandos der AK so gut wie keine antikommunistischen Aktionen durch. Erst im Dezember warf das „Biuletyn Informacyjny“ der polnischen kommunistischen Bewegung Spionagetätigkeit vor. Die Redakteure schrieben, dass die kommunistischen Agitatoren „aus ihrer – sowjetischen – Sicht das Richtige tun [zu bewaffneten Aktionen aufzurufen, J. M.], um mit allen Mitteln ihr sowjetisches Vaterland zu retten.“¹² Ungefähr zur gleichen Zeit hieß es in einem Bericht des ZWZ-AK:

„Es sei darauf hingewiesen, dass die kommunistische Propaganda polnischerseits auf keine durchdachten und systematischen Gegenaktionen trifft. Die antikommunistischen Parolen sind nicht angepasst an das gesellschaftliche Milieu, in dem es Sympathien für den Kommunismus gibt, und distanzieren sich nicht ausreichend von der faschistisch-nationalistischen Propaganda. Diese Unzulänglichkeiten werden von der kommunistischen Propaganda ausgenutzt.“¹³

Dieser Bericht scheint die tatsächliche Lage wiederzugeben: Das kommunistische Problem wurde vor der Gründung der PPR durch eine aus Moskau entsandte Gruppe nicht ernst genommen.

¹¹ Radiogramm von General Rowecki an General Sikorski, 19.11.1941, in: Armia Krajowa w dokumentach 1939–1945, hg. v. TADEUSZ PEŁCZYŃSKI u. a., Bd. 2: Juni 1941–April 1943, London 1973, S. 149.

¹² „Hitzige, aber verwirzte Köpfe“, Biuletyn Informacyjny, 4.12.1941, in: SACEWICZ, Polskie Państwo Podziemne, S. 27.

¹³ Archiv des Instituts des Nationalen Gedenkens, Warschau (AIPN), MBP, 355, Abschrift des Berichts der Abteilung R („Antyk“) des Büros für Information und Propaganda vom 8.12.1941, ohne Unterschrift.

Der polnische Untergrundstaat und die Gründung der Polnischen Arbeiterpartei

Die Gründung der PPR war ein Wendepunkt, was aber erst mehrere Monate später erkennbar wurde. Die Aufklärung der AK registrierte die Gründung der PPR sogleich – am 6. Januar 1942 berichtete sie vom Eintreffen der Moskauer Delegierten der Kommunistischen Internationalen in Warschau und von der Unterstellung der bisher existierenden Gruppen.¹⁴ Die Presse kommentierte diese Tatsache jedoch nicht sofort. Die erste ausführliche Analyse des politischen und ideologischen Profils der PPR erschien im Februar 1942 in der vom Departement für Information und Dokumentation der Delegatur herausgegebenen Publikation „Życie polityczne Kraju“ (Das politische Leben in Polen). Dieser Beitrag verriet den Standpunkt der Delegatur, die bereits dazu überging, die PPR offen als Spionagering zu bezeichnen, deren Ziel es sei, im richtigen Augenblick die Macht im Land an sich zu reißen.¹⁵

Die Anfänge der kommunistischen Aktionen im Jahr 1942, also nach dem Entstehen der PPR, waren selbst für Politiker und Funktionäre des Untergrundstaates kaum wahrnehmbar (von der Gesellschaft ganz zu schweigen). Der Emissär der Regierung und Delegatur Tadeusz Chciuk („Marek Celt“) erinnerte sich, dass er zwar hier und da von einem aus Moskau gesteuerten, sich organisierenden Untergrund gehört hatte, aber nie „etwas Sicheres, etwas Konkretes“.¹⁶ Die Pressenotizen waren recht unklar, manche sahen nach gewöhnlichen Gerüchten aus. Man erkennt das auch an der Berichterstattung der ZWZ-AK – die kommunistische Tätigkeit wird dort höchstens am Rande erwähnt. Chciuk schrieb (was sich als grobe Fehleinschätzung herausstellte), dass „alle recht einhellig der Meinung waren, die neue Organisation sei das typische Werk eines fremden Geheimdienstes und habe keine Zukunft“.¹⁷

Immer schärfer wurde der Ton in der Presse des Büros für Information und Propaganda (*Biuro Informacji i Propagandy*, BIP), die der inneren Gefahr mehr und mehr Aufmerksamkeit widmete, wobei sie die patriotische Fassade der PPR, hinter der sich das wahre Gesicht der Arbeiterpartei verbarg, demaskierte. Die Redakteure wehrten sich auch gegen den Vorwurf, die AK würde nur „untätig Gewehr bei Fuß stehen“. Man nahm kein

¹⁴ Archiv Neuer Akten, Warschau (AAN), Mikrofilm 423, Bericht über den Zustand „K“ für den Zeitraum vom 20.12.1941–20.1.1942, 6.1.1942, Bl. 4 f.

¹⁵ „Kommunistische Aktivitäten in Polen, Życie Polityczne Kraju“, II 1942, in: SACEWICZ, Polskie Państwo Podziemne, S. 30.

¹⁶ MAREK CELT, Raport z podziemia 1942, Łomianki 2005, S. 92.

¹⁷ Ebd., S. 92 f.

Blatt vor den Mund und nannte die Kommunisten „Konföderierte von Targowica“.¹⁸ Man versuchte einen Weg zu finden, gegen die Kommunisten vorzugehen. In den „Wiadomości Polskie“ (Polnische Nachrichten) des BIP lesen wir:

„Da man die Luftlandeoperationen nicht direkt bekämpfen kann, sollten alle polnischen Regierungsvertreter durch nachhaltige Aufklärung der breiten Massen die kommunistischen Absichten durchkreuzen und eine Irreführung unserer Bevölkerung verhindern. Diese Aufgabe fällt vor allem der geheimen Unabhängigkeitspresse zu.“¹⁹

Man ging jedoch nie so weit, zum aktiven Kampf gegen die „Kommune“ aufzurufen, und beschränkte sich auf den Kampf um die Seele des Volkes. Die Nationalpartei (*Stronnictwo Narodowe*, SN)²⁰ sowie die Arbeitspartei waren die politischen Kräfte innerhalb der Delegatur, die dazu aufriefen, „den Kampf gegen den Kommunismus kompromisslos anzugehen, in welcher Form dieser auch immer auftritt“. Ähnliche Parolen, im „richtigen Moment“ zur Tat zu schreiten, wurden auch von rechten Untergrundgruppierungen ausgegeben, die nicht der Delegatur unterstellt waren, wie zum Beispiel „Pobudka“ (Der Weckruf) oder „Konfederacja Narodu“ (Die Konföderation der Nation).

Je mehr sich die kommunistische Konspiration und deren aggressive Propaganda verstärkten, desto radikaler wurde die Haltung der Presse, die von der AK und der Delegatur herausgegeben wurde. Man übernahm die Rhetorik rechter Publikationen. Das „Biuletyn Informacyjny“ schrieb z. B. von „roten Volksdeutschen“.²¹ Die Kommunisten bezichtigte man des Banditentums, man warf ihnen vor, Anarchie zu verbreiten, die Jugend zum vorzeitigen Kampf zu provozieren sowie sich die Kampferfolge der AK anzueignen – all diese Vorwürfe waren bis zu einem gewissen Grad berechtigt. Roweckis Antwort war der Erlass folgenden Befehls: „Der kommunistischen Propaganda mit allen Mitteln entgegenwirken. Zu diesem Zweck habe ich begonnen, Kommuniqués der Leitung des Konspirativen Kampfes über manche unserer militärischen Erfolge herauszugeben.“²²

¹⁸ Auf der Konföderation von Targowica hatten polnische Adelige 1792 die vorhergegangenen polnischen Reformen im Sinne Russlands rückgängig gemacht, was indirekt zur zweiten Teilung Polens führte (Anm. d. Hg.).

¹⁹ „Kommunistische Aktivitäten in Polen“, *Wiadomości Polskie*, 13.5.1942, in: SACEWICZ, *Polskie Państwo Podziemne*, S. 62.

²⁰ „Das neue Geschöpf der Komintern auf polnischem Boden“, *Polska Gazeta Codziana pod Okupacją*, 23.3.1942, in: ebd, S. 41.

²¹ „Die roten Volksdeutschen“, *Biuletyn Informacyjny*, 7.1.1943, in: ebd, S. 95.

²² Rowecki an den Oberbefehlshaber, chiffrierte Depesche, 11.3.1943, in: PELCZYŃSKI *Armia Krajowa w dokumentach*, Bd. 2, S. 476.

Im März 1943, als der Befehl unterschrieben wurde, waren die sowjetischen Partisanen und Fallschirmjäger wesentlich aktiver als die heimische GL. Die AK musste, wollte sie den Propagandakrieg mit den Kommunisten gewinnen, schneller zum aktiven Kampf übergehen und die Propaganda intensivieren. Eine Folge davon war zum einen das Bekanntmachen von Sabotageaktionen (vorher wurden diese häufig getarnt, um die Zivilbevölkerung vor Repressionen zu schützen). Die AK-Presse begann, über ihre militärischen Operationen zu schreiben. Andererseits war die AK durch die verstärkten Aktivitäten der sowjetischen Partisanenbewegung und der GL in einigen Regionen des Landes gezwungen, sich stärker militärisch zu engagieren und die eigenen Sabotage-Einheiten auszubauen.²³ Im Herbst 1943 machte Rowecki seine Ankündigung vom Juli des vorhergehenden Jahres wahr, die Partisanentätigkeit im Osten des Landes aufzunehmen. Als Grund für diese Entscheidung nannte er die wachsenden Sabotage-Aktivitäten der Sowjets, worunter er sowohl die Tätigkeit der sowjetischen Partisanenbewegung als auch die der GL verstand.²⁴

Das Büro für Information und Propaganda und andere
Informationsabteilungen des Untergrundstaates
im Propagandakampf gegen den Kommunismus

Der ideologische Kampf mit dem sowjetischen Lager in Polen lastete vor allem auf der Abteilung für Information des BIP des Oberkommandos der AK. Bevor man sich jedoch der Notwendigkeit des Propagandakampfes bewusst wurde, sammelte das BIP hauptsächlich Informationen – was man heutzutage als „weiße Aufklärung“ bezeichnen würde. Zwischen Frühling und Sommer 1941 organisierte Stanisław Ostoja-Chrostowski („Just“) im BIP eine Einheit, die sich mit der Beobachtung der extremen Linken beschäftigte. Im Herbst 1941 wurde die von ihm geleitete Gruppe in die Spionageabwehr des ZWZ-AK-Bezirks Warschau eingegliedert und später dann von der Abteilung II des Oberkommandos des ZWZ-AK übernommen. Das heißt jedoch nicht, dass die Abteilung für Information des BIP des Oberkommandos der AK aufhörte, sich mit der kommunistischen Bedrohung zu befassen.

²³ General Rowecki schrieb: „Um der kommunistischen Propaganda entgegenzuwirken, die jede militärische Operation für sich reklamiert, habe ich angeordnet, Teile unserer militärischen Operationen in den Kommuniqués der KWK [Kierownictwa Walki Konspiracyjnej] zu veröffentlichen“: Armia Krajowa w dokumentach, hg. v. TADEUSZ PEŁCZYŃSKI u. a., Bd. 3: April 1943 – Juli 1944, London 1976, S. 1.

²⁴ Radiogramm von General Rowecki an General Sikorski, 21.7.1942, in: PEŁCZYŃSKI, Armia Krajowa w dokumentach, Bd. 2, S. 288 f.

1942 entstand innerhalb der („politischen“) Unterabteilung „P“ (auch unter dem Kryptonim „C“ bekannt) der Abteilung für Information des BIP des Oberkommandos der AK das Referat P-2 (auch „K“ genannt), das sich mit kommunistischen oder den Kommunisten nahestehenden Organisationen beschäftigte.²⁵ Mit der kommunistischen Problematik befasste sich innerhalb der Abteilung für Information indirekt auch das Referat P-5, das für die Zusammenstellung von Monatsberichten über das gesamte politische Spektrum verantwortlich war. Es stützte sich in seinen Berichten ausschließlich auf Presseartikel.²⁶

Die Auskundschaftung der PPR fiel nicht nur in den Aufgabenbereich der BIP-Abteilungen, sondern auch in die Zuständigkeit der Militarisierten Verwaltung („Teczka“), die unter der Kontrolle des Oberkommandos der ZWZ-AK als militärischer Verwaltungsapparat fungierte. Die Sicherheitsabteilung wurde mit der Angelegenheit „K“ betraut, die Aufklärungsbrigaden dagegen mit der Enttarnung. Dieser Apparat wurde im Laufe des Jahres 1943 mit den Gruppen der Regierungsdelegatur verbunden und bildete eine bereits gut ausgebaute Struktur. Über die Aktivitäten des Departements für Information der Regierungsdelegatur, und zwar konkret der Sektion für Information und Propaganda, die im November 1942 in die Zentrale für Information und Propaganda (*Centrala Informacyjno-Propagandowa*, CINO) umgewandelt wurde, ist mehr bekannt. Ihre Aufgabe bestand darin, im Bulletin „Kraj. Agencja Informacyjna IP“ antikommunistische Materialien zu veröffentlichen. Der Umfang der antikommunistischen Maßnahmen lässt sich am Budget von „R“ des BIP ablesen: Nach Angaben von Grzegorz Mazur betrug es gerade einmal 4,4 % der gesamten Ausgaben des BIP.²⁷

Gespräche zwischen der AK und der PPR, der „Borów“-Mord und die kommunistische Infiltration – das Jahr 1943

1943 war das Jahr der Wende an der Ostfront, das Jahr, in dem die PPR und ihre Streitkräfte aktiv wurden, und schließlich das Jahr, in dem die Gräber von Katyń entdeckt wurden und die UdSSR die diplomatischen

²⁵ GRZEGORZ MAZUR, Biuro Informacji i Propagandy SZP-ZWZ-AK 1939–1945, Warszawa 1987, S. 80 f. Zum Thema Abteilung „R“: TADEUSZ ŻENCZYKOWSKI / WŁADYSLAW BARTOSZEWSKI, Wydział „R“ w BIP KG AK. Rozmowa z Tadeuszem Żenczykowskim, *Zeszyty Historyczne* 70 (1984), Nr. 4, S. 60–77.

²⁶ KAROL SACEWICZ, Centralna prasa Polski Podziemnej wobec komunistów polskich 1939–1945, Warszawa 2009, S. 24.

²⁷ MAZUR, Biuro Informacji, S. 47.

Beziehungen zur polnischen Regierung abbrach. Bevor es jedoch zu dieser tragischen Verkettung der Ereignisse kam, initiierte die PPR Verhandlungen mit der Führung des Untergrundstaates. In diesem Zusammenhang darf man allerdings die früheren Propaganda-Angriffe der PPR auf die polnische Regierung und die AK – diese würden nur untätig Gewehr bei Fuß stehen – nicht vergessen. Für diesen Zeitraum sind jedoch keine Desinformations-Aktionen (das heißt eine aktive Bekämpfung des Unabhängigkeitslagers durch Denunziation und Diversion) belegt.

Gesicherte Erkenntnisse über Desinformations-Aktionen liegen erst für die Zeit Ende 1943, Anfang 1944 vor.²⁸ Dagegen führten die Kommunisten 1943 eine Spionage-Aktion innerhalb der Delegatur und der AK, die anfänglich von beschränktem Umfang und chaotisch war, und eine politische Divisions-Aktion in den Parteien des kämpfenden Polens durch. Die Agenten der PPR unterwanderten die Polnische Arbeiterpartei der Sozialisten (*Robotnicza Partia Polskich Socjalistów*, RPPS), infiltrierten syndikalistische Organisationen, die Demokratische Partei (*Stronnictwo Demokratyczny*), das Sicherheitskorps (*Korpus Bezpieczeństwa*, KB) und andere kleinere politische und bewaffnete Gruppen.

Der damals wichtigste Faktor der polnischen Untergrundbewegung, die AK, sollte grundsätzlich apolitisch sein. Es galt das Prinzip der Offenheit und der Konzentration aller Kräfte auf den Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Daher sollte die AK den ungebundenen Gruppierungen mit Wohlwollen begegnen, ihnen helfen, Schlägen auszuweichen, und sie als „künftige Waffenbrüder“ betrachten. Dies galt allerdings nicht für diejenigen, die die AK kritisierten und ihr politische Vorwürfe machten. Dazu gehörten vor allem die Kommunisten, aber auch die Nationalradikalen.²⁹

Anfang 1943 schlugen die Kommunisten der Delegatur und der AK Gespräche vor. Drei Treffen fanden statt (am 18., 22. und 25. Februar 1943). Die Vertreter der Delegatur und der AK forderten die PPR auf, die Rechtmäßigkeit der polnischen Regierung in London und die territoriale

²⁸ Hier ist die Rede von zwei Aktionen: dem Überfall auf das Archiv des Nachrichtendienstes der Regierungsdelegatur in der Poznańska-Straße in Warschau und der Enttarnung der illegalen Druckerei der sozialistischen Zeitschrift „Wolność“ (Die Freiheit). Mehr zu dem Thema: JANUSZ MARSZALEC, Pytania o tajne oblicza. Działania kontrwywiadowcze GL-AL, PPR wobec AK i Delegatury Rządu na Kraj, in: X Departament MBP. Wzorce – struktury – działanie, hg. v. KONRAD ROKICKI, Warszawa 2007, S. 39-90, sowie DERS., Pomyłka, której nie było. Sprawa rzekomego zadenuncjowania przez wywiad Armii Ludowej własnej drukarni przy ul. Grzybowskiej w Warszawie w lutym 1944 r., in: Niepiękny wiek XX. Profesorowi Tomaszowi Szarocie w 70. rocznicę urodzin, hg. v. BLAŻEJ BRZOSTEK u. a., Warszawa 2010, S. 181-194.

²⁹ JERZY JANUSZ TEREJ, Na rozstajach dróg. Ze studiów nad obliczem i modelem Armii Krajowej, Wrocław u. a. 1978, S. 202, 205.

Integrität der Republik Polen anzuerkennen und ihre Unabhängigkeit von fremden Mächten zu erklären. Dies waren die Vorbedingungen für weitere Gespräche. Die Vertreter der PPR lehnten diese nicht rundweg ab und hielten mit ihren wahren Einstellungen hinter dem Berg. Sie erklärten, sie seien eine Arbeiterorganisation, die für die polnische Unabhängigkeit kämpfe und ihre Mitglieder im Geiste der marxistisch-leninistischen Ideologie erziehe. Sie behaupteten auch, sie gehörten nicht den Komintern an und die Frage der polnischen Ostgrenze sei offen und müsse von den Regierungen Polens und der UdSSR gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker entschieden werden. Der Exilregierung gegenüber versprachen sie sich positiv zu verhalten, auch wenn sie Vorbehalte gegen deren Zusammensetzung sowie deren gesellschaftlichen und politischen Charakter hätten.³⁰

Die maßgeblichen Persönlichkeiten hielten den Standpunkt der PPR für „nicht ausreichend positiv“.³¹ Seitens der PPR war dies – trotz alledem – die Sprache des Kompromisses und der Zugeständnisse, berücksichtigt man die radikale Vorkriegsrhetorik der Kommunisten. In der Tat waren die Thesen der PPR an manchen Stellen widersprüchlich, an anderen Stellen wiederum äußerst verlogen und falsch – es gab allzu viele Beweise für eine Abhängigkeit von Moskau, als dass man der Argumentation Władysław Gomulkas, der die PPR repräsentierte, Glauben schenken konnte.

Die Aufnahme von Gesprächen mit der PPR zeugte, in Anbetracht der ideologischen Differenzen innerhalb des Untergrundstaates, von einer Offenheit und demokratischen Grundhaltung der AK-Führung und der Delegatur. Dieser Schritt wurde natürlich von den Nationalradikalen kritisiert, für die das Oberkommando, insbesondere das BIP, ein Hort kommunistischer Agenten war. Selbst zwischen den Parteien, die die Polnische Politische Vertretung bildeten, kam es zu einer gewissen Polarisierung. Die PPS war für einen Abbruch der Gespräche, die Bauernpartei (*Stronnictwo Ludowe*, SL) war dagegen bereit, weiter zu verhandeln, und dies obwohl die Kommunisten derart deutlich die im Rigaer Vertrag festgelegte Grenze in Frage stellten. Jedoch machte sich wohl niemand Illusionen (nicht einmal die Bauernpartei), dass die Gespräche erfolgreich abgeschlossen werden würden.

Eine wesentlich wichtigere politische Herausforderung für die Regierung des Untergrundstaates war der Borów-Mord. Bis dahin hatte man noch nicht damit begonnen, trotz der 1943 von manchen Kreisen (vor allem von der radikalen Rechten) wiederholt geäußerten Forderungen, gewaltsam gegen die PPR vorzugehen, stattdessen hatte man sich lediglich zu einer Intensivierung des Propagandakampfes entschlossen und hieß nur Verteidi-

³⁰ MARIA TURLEJSKA, *Spór o Polskę. Szkice historyczne*, Warszawa 1972, S. 186 f.

³¹ Ebd., S. 188.

gungsmaßnahmen gegen sowjetische Provokationen auf polnischem Gebiet gut. Konsequenterweise distanzierte sich der Oberbefehlshaber der AK, General Tadeusz Komorowski („Bór“), vom „Borów-Mord“, der Liquidierung einer zur AL gehörenden Gruppe durch die NSZ im August 1943 im Lubliner Gebiet. Komorowski verurteilte *de facto* das Verbrechen und nannte es „einen widerlichen Mord“.³² Eine Woche später titelte das „Biuletyn Informacyjny“ im Zusammenhang mit dem Borów-Mord: „Nationale Streitkräfte verurteilt“. Hätte Komorowski dies unterlassen, hätten die PPR-Presse und ein Teil der öffentlichen Meinung annehmen können, die AK unterstütze gewaltsame Methoden zur Bekämpfung des politischen Gegners. Diese Haltung hingegen missfiel Teilen des nationalen Lagers, die keinen Grund sah, sich von Soldaten zu distanzieren, die gegen Banditentum und kommunistische Diversion kämpften. Dies führte zu einer Polarisierung innerhalb der Untergrundbewegung und langfristig zu weiteren Problemen bei der Vereinigung von AK und NSZ.

Der „Borów“-Mord ist Teil eines größeren Problems, das man als einen Effekt der fortschreitenden Brutalisierung des Krieges bezeichnen könnte. Diese manifestierte sich durch einen Abbau der gesellschaftlichen Bindungen und eine Zunahme der gewöhnlichen Kriminalität, vor allem des Banditentums. Die Banden trieben häufig unter dem Deckmantel einer patriotischen Tätigkeit ihr Unwesen, manchmal operierten sie auch im Verbund mit Partisaneneinheiten, die sich bei der Bevölkerung mit Lebensmitteln eindecken mussten – entweder durch Zusammenarbeit (im Tausch gegen Schutz) oder durch Requirierungen –, wollten sie im Gelände überleben. Der räuberischen Erpressung wurden vor allem die sowjetischen und jüdischen Einheiten beschuldigt, aber auch die Einheiten der GL-AL, die keinen Rückhalt in der lokalen Bevölkerung hatten, und daher nur gewaltsam an die benötigte Verpflegung kamen.

Dieses Problem betraf nicht die örtlichen Einheiten (auch nicht die kommunistischen), die aus der entsprechenden Gegend stammten. Um im Gelände zu überleben, konnten sie sich keine Gewaltexzesse gegenüber denjenigen erlauben, die sie ernährten (trotzdem kam es auch in solchen Einheiten zu Entgleisungen und Zwischenfällen, aber das ist nicht das Thema dieses Artikels³³). General Komorowski, der im Banditentum eine ernsthafte Gefahr für die Bevölkerung sah, erließ den berühmten Befehl Nr. 116 vom 15. September 1943 „Instruktion zur Gewährleistung der

³² Mitteilung, Biuletyn Informacyjny, Nr. 46/201, 18.11.1943.

³³ Mehr dazu: JANUSZ MARSZAŁEC, Na obrzeżach legendy. Kontrowersje wokół działalności podziemia w latach 1939–1944, in: Podziemie zbrojne na Lubelszczyźnie wobec dwóch totalitaryzmów 1939–1956, hg. v. SŁAWOMIR POLESZAK / ADAM PUŁAWSKI, Warszawa 2002, S. 88–99.

örtlichen Sicherheit“, an die Bezirks- und Gebietskommandanten der AK.³⁴ In der Anweisung ist von der Liquidierung räuberischer Banden die Rede, die die ländliche Bevölkerung anarchisieren und terrorisieren. Das Ziel des Befehls erläuterte Komorowski in einer am 14. Oktober 1943 nach London geschickten Depesche:

„Ich habe befohlen, die räuberischen Banden zu bekämpfen, die unsere Bevölkerung zerstören, unabhängig von ihrer nationalen und organisatorischen Zugehörigkeit.“³⁵

Dies führte zur Liquidierung hunderter Personen, die vom Raub lebten und nicht selten Verbindungen zur sowjetischen, kommunistischen oder jüdischen Partisanenbewegung hatten.³⁶

Die Spionageabwehr des Untergrundstaates

Spricht man über die Ereignisse des Jahres 1943, sollte man auch der Frage der Spionageabwehr des Untergrundstaates etwas Aufmerksamkeit widmen. Eine wichtige Rolle bei der Identifizierung kommunistischer Bedrohungen spielte das Referat 999 („Korweta“) der Spionageabwehr der Abteilung II für Information und Aufklärung des Oberkommandos der ZWZ-AK. Da dessen Tätigkeit in der Fachliteratur bereits ausführlich beschrieben wurde, wird an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen. Es sei jedoch daran erinnert, dass in diesem Referat, an dessen Spitze Stanisław Ostoja-Chrostowski stand, herausragende Intellektuelle arbeiteten, die für die Führung des Untergrundstaates das kommunistische Problem in seiner Komplexität analysierten. Das Referat 999 zählte zu seinen Hochzeiten – also unmittelbar vor dem Warschauer Aufstand – 61 fest angestellte Mitarbeiter.³⁷

³⁴ ASPP A.3.3.1.1, Befehl Nr. 116, 15.9.1943; Anhang: Instruktion zur Gewährleistung der örtlichen Sicherheit, 31.7.1943. Ich bedanke mich bei Adam Pulawski für den Hinweis auf die Signatur des Dokuments, das bisher nur in der unvollständigen Fassung, die im AAN aufbewahrt wird, bekannt war.

³⁵ PELCZYŃSKI, Armia Krajowa w dokumentach, Bd. 3, S. 156 f.

³⁶ Die Position der marxistischen Geschichtsschreibung veranschaulicht folgendes Zitat: „Die dort enthaltenen Direktiven [...] führten zur physischen Liquidierung von Personen und Gruppen nach Gutdünken der Gebietskommandanten der AK“: TEREJ, Na rozstajach dróg, S. 223.

³⁷ Die neuesten Informationen zum Thema „Korweta“: WŁADYSŁAW BULHAK / ANDRZEJ KRZYSZTOF KUNERT, Kontrwywiad podziemnej Warszawy. Struktura, zadania i obsada personalna kontrwywiadu Komendy Głównej, Obszaru Warszawa i Okręgu Warszawa ZWZ-AK w latach 1939–1944, in: Wywiad i kontrwywiad Armii Krajowej, hg. v. WŁADYSŁAW BULHAK, Warszawa 2008, S. 335–342.

Das Referat „Korweta“ verarbeitete Presseartikel sowie Informationen, die vom Nachrichtendienst der Abteilung II des Oberkommandos der AK³⁸ kamen, vor allem von der Spionageabwehr – genauer gesagt vom Referat 993 I (dem zentralen Informationsnetz³⁹) und dem Referat 994 („Sonda“) –, betrieb aber keine eigene Aufklärung.

Auch die Territorialstrukturen der Abteilung II waren verpflichtet, im gesellschaftlichen und politischen Bereich umstürzlerische Kreise zu identifizieren. Was für Informationen gesammelt werden sollten, darüber gab die umfangreiche „Instruktion des Nachrichtendienstes gegen ‚K‘“ Auskunft, die am 15. März 1943 an die Bezirke versandt wurde.⁴⁰ In Warschau war es vor allem die Spionageabwehr der AK, die das kommunistische Milieu auskundschafte. Im Unterschied zum Referat „Korweta“ wandte sie hauptsächlich operative Methoden an, um die kommunistischen Agenten in den Reihen des Kämpfenden Polens zu enttarne.

Der Aufbau der Abwehr kam aber erst im September 1943 richtig in Gang.⁴¹ Das heißt jedoch nicht, dass bis zu diesen Zeitpunkt das kommunistische Problem vom Sicherheitsapparat des Gebiets Warschau der AK vernachlässigt worden wäre. Der Chef der Spionageabwehr, Oberleutnant Bolesław Kozubowski („Mocarz“, „Pleban“, „Lis“), der für seine antikommunistischen Überzeugungen bekannt war, interessierte sich sehr für diese Thematik. Er war aber nicht der erste Chef der Abwehr, der Material über kommunistische Aktivitäten sammelte. Bereits sein Vorgänger hatte die grundlegenden Informationen zu diesem Thema zusammengetragen und angefangen, eine Kartei für kommunistische Funktionäre anzulegen. Man interessierte sich nicht nur für die Kommunisten, sondern auch für die radikale Linke, einschließlich jener Berufsgruppen, die für kommunistische Agitation empfänglich waren, wie zum Beispiel die Schriftsteller oder die Journalisten.

Eine weitere Gruppe, die in Warschau kommunistische Kreise enttarnte, war die sogenannte Aufklärungsbrigade von Oberstleutnant Wiktor Boć-

³⁸ AIPN Danzig, 0046/433, Bd. 1, Der Kampf der Heimatarmee und der Regierungs-delegatur mit der linken Bewegung (1939–1944), Warszawa 1974, Bl. 34.

³⁹ Es registrierte sämtliche Ereignisse von allgemeinem Interesse: Informationen über den deutschen Terror, über Verhaftungen, über Vorkommnisse in Ämtern und Unternehmen, über organisatorische und personelle Veränderungen sowie über Wirtschaftsangelegenheiten: MAREK NEY-KRWAWICZ, Komenda Główna Armii Krajowej 1939–1945, Warszawa 1990, S. 103.

⁴⁰ Dieses Dokument, das als „Instruktion in Fragen zu ‚K‘ und anderen verwandten Organisationen“ bekannt ist, befindet sich als Abschrift in verschiedenen Archivbeständen, u. a. im AIPN 0397/25, Bd. 1, Bl. 111–116.

⁴¹ Eintrag „Jerzy Jahołkowski“, in: ANDRZEJ KRZYSZTOF KUNERT, Słownik biograficzny konspiracji warszawskiej 1939–1944, Bd. 3, Warszawa 1991, S. 85 f.

kowski-Boczkowski („Szelaga“, „Korwin“, „Kruk“, „Bródka“, „Professor“, „Dziadek“).⁴² In der historischen Literatur der Volksrepublik Polen hatte diese einen sehr schlechten Ruf, da ihr – fälschlicherweise – die Liquidierung von Kommunisten zugeschrieben wird. Ihre Effektivität wurde sicherlich überschätzt. Sie bestand gerade einmal aus einem guten Dutzend Personen und sammelte nicht nur über das kommunistische Milieu Informationen, sondern auch über andere politische Kreise der Untergrundbewegung.

Boćkowski stand anfänglich (1941) syndikalistischen Organisationen nahe, arbeitete dann für die ZWZ-AK, um 1943, nach einem heftigen Streit mit seinem Vorgesetzten, in den Dienst der Aufklärung der Regierungsdelegatur einzutreten. Er unterhielt zahlreiche gesellschaftliche und politische Kontakte in verschiedenen Untergrundkreisen und kam so zu Material für seine Nachrichtendienstberichte.⁴³ Einer seiner Agenten schmuggelte sich in die Strukturen der GL ein, wodurch es u. a. gelang, Marian Spychalski („Marek“) zu enttarnen.⁴⁴ Boćkowski legte auch eine Kartei für kommunistische Funktionäre und ihnen nahestehende Personen an. Er stellte Anträge auf Liquidierung, die er zur „Ausführung“ an den Chef der Spionageabwehr des Gebiets Warschau der AK weiterleitete. Dieser lehnte jedoch die Anträge nach einer Überprüfung ab.⁴⁵

Dilemmata des Jahres 1944

Anfang 1944 gelangte die Information über die Einberufung „eines Untergrundparlaments“ – des Nationalen Volksrats (*Krajowa Rada Narodowa*, KRN) – an die polnische Öffentlichkeit. Das auf Initiative der PPR hin entstandene Organ war auch diesmal nur ein politischer Bluff, der jedoch angesichts des raschen Vorrückens der Roten Armee nach Westen schnell

⁴² Wiktor Boćkowski-Boczkowski, Oberstleutnant der Reserve der Polnischen Armee, bis 1924 Mitarbeiter der Abteilung II, zuvor Mitarbeiter des zaristischen Geheimdienstes: u. a. AIPN 2630/3-224, Vernehmungsprotokoll des Angeklagten Boćkowski-Boczkowski, Wiktor, 14.3.1951, Bl. 384 f.

⁴³ AIPN 0298/599, Arbeitsbericht der Abteilung IV des Departements des MBP für den Zeitraum vom 1.2.1953 bis zum 28.2.1953, 16.3.1953, Bl. 63.

⁴⁴ MARSZALEC, Pytania, S. 81; AIPN 2630/3-218, Vernehmungsprotokoll des Angeklagten Boćkowski-Boczkowski, Wiktor, 30.12.1948, Bl. 122 f.; AIPN 2630/3-219, Vernehmungsprotokoll des Angeklagten Boćkowski-Boczkowski, 17.1.1949, Bl. 179.

⁴⁵ AIPN 2630/3-220, Vernehmungsprotokoll des Angeklagten Boćkowski-Boczkowski, Wiktor, 23.1.1949, Bl. 197. Handschriftliche Randbemerkung auf der Meldung höchstwahrscheinlich vom März 1943 – AAN 228/7-3, Gesellschaftliches Komitee gegen den Kommunismus „Antyk“, Bl. 130.

Realität werden konnte. Die Führung des Kämpfenden Polens reagierte fast postwendend mit einer Erklärung an das polnische Volk. Der wichtigste Satz lautete: „Über die politischen Angelegenheiten entscheidet das Volk, niemals die Agenten einer fremden Macht“.⁴⁶ Unterschrieben war sie von den Mitgliedern der Polnischen Politischen Vertretung (*Krajowa Reprezentacja Polityczna*, KRP) und Vertretern von 18 Parteien.

1944 bahnte sich also eine Wende an sowie eine immer stärkere Verwicklung der organisatorisch und personell schwachen AL und PPR in den politischen Streit zwischen Polen und der UdSSR. Die Führung des Untergrundstaates sah ihre einzige Hoffnung in einer Gegenpropaganda, die die patriotischen Parolen der AL neutralisierte. In Anbetracht der näherrückenden Entscheidung des Krieges zugunsten der Sowjets und zunehmender Aktivitäten der Kommunisten auf dem Territorium Polens entschied sich die KRP noch am 26. Oktober 1943, das Gesellschaftliche Komitee gegen den Kommunismus (*Spółeczny Komitet Antykomunistyczny*, SKA) zu gründen. Dieses konstituierte sich sehr wahrscheinlich Anfang 1944 als ein beratendes Expertengremium zur gesellschaftlichen und politischen Unterstützung der antikommunistischen Propagandaaktionen.

Das SKA wurde in der Nachkriegsliteratur fälschlich auch „Antyk“ genannt. In Quellenmaterialien taucht auch die Bezeichnung „Antikommunistische Agentur“ (*Agencja Antykomunistyczna*) auf.⁴⁷ Auch diese Bezeichnung ist falsch und bezieht sich auf den „Blok“ von Henryk Glass. Zum Komitee gehörten Vertreter der „Großen Vier“ – der stärksten politischen Parteien, die im Untergrund aktiv waren: der SL, PPS, SP und SN – sowie 19 weiterer, kleinerer Organisationen, darunter u. a. das Antikommunistische Abkommen von Henryk Glass. Vorsitzender des Komitees wurde der Sozialist Franciszek Biały („Nieniewski“) von der PPS.⁴⁸ Die wichtigste Aufgabe des Komitees war es Propaganda zu entwickeln, die den Kommunismus als eine Filiale des sowjetischen Imperialismus entlarvte. Es war verboten, die sozialen Argumente in der Rhetorik der PPR zu kritisieren. Außerdem legte man Gewicht auf konstruktive Propaganda, d. h. man empfahl, das eigene gesellschaftspolitische Programm stärker bekannt zu machen. Nach Angaben von Stefan Korboński wurde auf der ersten Sitzung

⁴⁶ Aufruf an das Polnische Volk vom Januar 1944, in: PELCZYŃSKI, Armia Krajowa w dokumentach, Bd. 3, S. 269; Depesche von Stefan Korboński („Nowak“) nach London, in der er den Januar-Aufruf ankündigte, bevor er sie an die Zentrale als chiffrierte Depesche des Oberbefehlshabers der AK schickte: PELCZYŃSKI, Armia Krajowa w dokumentach, Bd. 3, S. 258.

⁴⁷ Beispielsweise AIPN 0298/640, Bd. 2, Vernehmungsprotokoll von Jan Zborowski, Bl. 151-152 sowie AIPN 0397/174, Bd. 2, bearbeitet von Tadeusz Myśliwski, Bl. 329, 332.

⁴⁸ ŻENCZYKOWSKI / BARTOSZEWSKI, Wydział „R“, S. 65 f., 68.

des SKA beschlossen (bei nur einer Gegenstimme), von einer physischen Liquidierung der PPR-Führer abzusehen.⁴⁹

In der Zeit zwischen dem 1. Dezember 1943 und dem 1. Mai 1944 veröffentlichte das Komitee vier Broschüren in einer Gesamtauflage von über 21.000 Stück, sogenannte Sonderdrucke in einer Gesamtauflage von 145.000 Stück sowie 18 verschiedene Flugblätter in einer Gesamtstückzahl von über 400.000. Darüber hinaus waren nach dem 1. Mai 1944 noch viele Publikationen im Druck.⁵⁰ Die letzte Sitzung des SKA fand vor dem Warschauer Aufstand statt. Nach der Kapitulation fand sich das Komitee höchstwahrscheinlich zu keiner Sitzung mehr zusammen.

Gleichzeitig bemühte man sich verstärkt, die verschiedenen kleineren radikalen Gruppen, die die PPR seit 1943 zu sich herüberzuziehen versuchte, im regierungstreuen Lager zu halten. Das Ergebnis der Wühlarbeit, aber auch der politischen Tätigkeit der Kommunisten war eine fortschreitende Zersplitterung der politischen Szene und damit die Stärkung der Rolle bisher unbedeutender Kleinstparteien. Stanisław Mikołajczyks Kurier Tadeusz Chciuk berichtete im Sommer 1944 nach London:

„In Polen kam es zu Spaltungen der Linken, des Sozialismus und des sogenannten demokratischen Lagers, der Aufruhr hat begonnen, die Basis der SL zu erfassen, und niemand vermag heute mit Bestimmtheit zu sagen, wo die polnische Linke endet und wo das sowjetische Agentennetz oder der Kommunismus beginnen.“⁵¹

Von den Kommunisten umworben wurde die sogenannte „Centralizacja“ (ein Zusammenschluss vor allem aus Angehörigen der Polnischen Volksarmee [*Polska Armia Ludowa, PAL*] und ehemaligen Mitgliedern der linken PPS sowie anderer extrem linker Gruppierungen).⁵² Die führenden Persönlichkeiten des Untergrundstaates versuchten – jedoch ohne Erfolg – ein Zusammengehen der „Centralizacja“ mit der PPR zu verhindern. Den gescheiterten Versuch, die radikale Linke der Regierung zu unterstellen, meldete General Komorowski nach London, wobei er rundheraus erklärte, dass es nicht gelungen wäre, durch eine Konsolidierung der politischen Szene und die Aufnahme der „Centralizacja“ in den RZN, die PPR zu

⁴⁹ STEFAN KORBOŃSKI, *Polskie Państwo Podziemne*, Łódź 1990, S. 120.

⁵⁰ Tätigkeitsbericht des Gesellschaftlichen Komitees gegen den Kommunismus im ersten Halbjahr 1944, in: *Studia Historyczne* 40 (1997), H. 3, S. 422-427.

⁵¹ Archiv des Polnischen Instituts und des Władysław-Sikorski-Museums, London (AIPMWS), Sammlung Stanisław Kot, Bestand 25/9, Chciuks Bericht. Anmerkungen, Vorschläge und Forderungen des Delegierten der Regierung (auf der Grundlage mehrerer Gespräche mit ihm zwischen Mitte April und dem 17.7.1944), Bl. 106.

⁵² JAN MULAK, *Polska lewica socjalistyczna*, Warszawa 1990, S. 443-447.

isolieren.⁵³ Unmittelbar vor dem Ausbruch des Warschauer Aufstands verständigten sich die Einheiten des Sicherheitskorps, einer militärischen Formation, die seit 1942 die Befehlsgewalt der Heimatarmee anerkannte, auf eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Das bedeutet, dass die PPR, eine Partei ohne größeren gesellschaftlichen Einfluss, nicht nur politisch Bestand hatte, sondern weiterhin in der Offensive blieb und radikale politische Splittergruppen einverleibte.

Von einer Unterschätzung der PPR konnte nun nicht mehr die Rede sein, vor allem da sie zunehmend aggressiver auftrat, nicht nur in ihrer Propaganda. Auf dem Land kam es immer häufiger zu gewaltsamen Übergriffen auf AK-Soldaten. In den Meldungen aus den Gebieten wurde von Denunziationen bei der Gestapo und sogar von Angriffen der AL auf Partisaneneinheiten der AK berichtet (z. B. wurde am 5. Mai 1944 in der Region Kraśnik eine Einheit der AK von der AL angegriffen; die Soldaten wurden nach einem dreitägigen Kampf ermordet). Diese Aktion zog Gegenmaßnahmen nach sich. Komorowski machte zum Teil „die unverantwortliche Aggressivität der NSZ gegen die AL“ für das bewaffnete Vorgehen der AL gegen die Einheiten der AK verantwortlich.⁵⁴ Diese Feststellung wird – ebenso wie viele andere Äußerungen zur Taktik gegenüber den Kommunisten – bis heute von den Anhängern einer kompromisslosen Bekämpfung der kommunistischen Diversion kritisiert. 1944 wurde die Taktik, den Kampf mit den Kommunisten zu meiden, vor allem von den NSZ kritisch gesehen. Sie hatten das Wagnis auf sich genommen, das in den politischen Realien der 1940er Jahre zum Scheitern verurteilt war.

Der Befehl des Oberbefehlshabers der AK vom 14. April 1944 regelte schließlich definitiv die Politik gegenüber den polnischen Kommunisten von AL und PPR. Er war kein Wendepunkt, sondern eine Fortsetzung der bisher betriebenen Politik. In dem Befehl heißt es:

„Sich gegenüber den polnischen kommunistischen Organisationen negativ, aber nicht aggressiv verhalten. Falls die Kommunisten aktiv gegen die AK oder die vom Beauftragten der Regierung bestimmten zivilen Vertreter vorgehen, entschieden reagieren und nicht zulassen, dass die Autorität der legalen Macht untergraben wird. Im Umgang mit den Kommunisten verlasse ich mich auf das Feingefühl der lokalen Befehlshaber.“⁵⁵

⁵³ Sondermeldung des Befehlshabers der AK an den Oberbefehlshaber, 22.5.1944, in: PELCZYŃSKI, Armia Krajowa w dokumentach, Bd. 3, S. 455.

⁵⁴ Lagemeldung Nr. 10 des Befehlshabers der AK an den Oberbefehlshaber, 24.5.1944, in: PELCZYŃSKI, Armia Krajowa w dokumentach, Bd. 3, S. 459.

⁵⁵ Befehl des Oberbefehlshabers der AK, in: Polskie Siły Zbrojne w II wojnie światowej, Bd. 3: Armia Krajowa, London 1950, S. 571.

Die Befehle vom Juli 1944, als die Einheiten der AK bereits in direkte Berührung mit den Sowjets kamen, waren im Prinzip identisch. Komorowski empfahl:

„Falls die Sowjets versuchen sollten, eine Einheit mit physischer Gewalt zu vernichten, sich verteidigen. Ich möchte jedoch betonen, dass der Kampf mit den Sowjets nur der äußerste Notfall ist, das gilt sowohl für das Verhältnis zu den regulären sowjetischen Einheiten als auch zu den Partisanen und kommunistischen Banden (PPR und AL).“⁵⁶

Stellt sich die Frage, ob es 1944 möglich gewesen wäre, mit der PPR einen Kompromiss abzuschließen und sich zu verständigen? Oder mit Jan Karskis Worten gefragt, die der Kurier des Oberbefehlshabers, Jan Nowak-Jeziorański, in seinen Memoiren zitiert: Haben sich die Eliten des Untergrundstaates überlegt, „wie man diesen Krieg verliert?“⁵⁷ Bleibt nur hinzuzufügen, dass diese schwierige Frage bereits im November 1943 vom Chef der Abteilung II des Oberkommandos der AK, Oberstleutnant Marian Drobik („Dzieciol“), beantwortet wurde, der in seinem Memorandum über die Notwendigkeit eines Kompromisses in der Grenzfrage Zugeständnisse zugunsten der UdSSR einforderte. Er war nicht der einzige, der – um zu retten, was noch zu retten war – eine Einigung mit den Sowjets, selbst auf Kosten beträchtlicher Gebietsverluste, befürwortete. Zu dieser Gruppe gehörte u. a. General Stanisław Tatar, Drobiks Kollege aus dem Oberkommando, und mindestens einige Offiziere des BIP, darunter der Führer der Demokratischen Partei Jerzy Makowiecki (zugleich Chef der Abteilung für Information im BIP), und nicht zuletzt der Premier der Republik Polen Stanisław Mikołajczyk.⁵⁸ Das Dilemma – versuchen eine Einigung zu erreichen oder aber darauf beharren, keinen Zoll polnischen Boden abzugeben – war nicht neu und wurde heftig diskutiert. Der Delegierte der Regierung General Komorowski vertrat, wie die große Mehrheit, den Standpunkt, man könne in der Frage der Teilung des Territoriums der Polnischen Republik nicht mit den Sowjets paktieren und man könne die PPR auch nicht als Partner betrachten.

Die zu Ende gehende Okkupation stellte die polnische Unabhängigkeitsbewegung vor Aufgaben, denen sie nicht gerecht werden konnte. Keine der Optionen garantierte ein „besseres Verlieren des Krieges“. Es war nicht einmal vorauszusehen, welche Lösung zu weniger Blutvergießen führen

⁵⁶ Meldung 243 des Befehlshabers der AK an den Oberbefehlshaber, 14.7.1944, in: PEŁCZYŃSKI, Armia Krajowa w dokumentach, Bd. 3, S. 557.

⁵⁷ JAN NOWAK, Kurier z Warszawy, Warszawa / Kraków 1989, S. 251.

⁵⁸ WŁADYSŁAW BULHAK, Raport szefa Oddziału II KG AK ppłk. Mariana Drobika „Bieżąca polityka polska i rzeczywistość“ i sprawą jego aresztowania (listopad – grudzień 1943), in: DERS., Wywiad i kontrwywiad, S. 15-77.

würde. Von der Hoffnungslosigkeit des polnischen Weges zeugte der große, verlorene Warschauer Aufstand.

Das Verhältnis des Polnischen Untergrundstaates zur Frage der aktiven Bekämpfung der Kommunisten

Die Frage der aktiven Bekämpfung von Mitgliedern der GL-AL und der PPR sowie von kommunistischen Agenten (darunter auch sowjetischen) in den Reihen der militärischen und zivilen Organisationen des Polnischen Untergrundes ist ein wichtiges Forschungsproblem, dem bisher noch keine synthetische Arbeit gewidmet wurde. Niemand hat bisher im Detail die Haltung der Parteien im Rat der Nationalen Einheit oder gar der AK zu den Forderungen einer militärischen Bekämpfung der „Kommune“ (diese Forderungen wurden bekanntlich von der radikalen Rechten sowie von der Presse der Arbeitspartei [„Romb“] und des Lagers des Kämpfenden Polens [*Obóz Polski Walczącej*] erhoben) untersucht. Es lässt sich auf der Grundlage bruchstückhafter Zahlen mutmaßen, dass das Problem der Liquidierung von Kommunisten in Warschau selbst nicht existierte, außerhalb von Warschau allerdings schon. Es war häufig das Ergebnis eines Zusammentreffens verschiedener Umstände, Emotionen und individueller Ambitionen der Partisanenkommandeure, es geschah jedoch nie auf Empfehlung oder Befehl der AK-Führung. Jan Nowak-Jeziorański („Zych“) schrieb in einem Bericht 1944:

„Es muss aber ausdrücklich betont werden, dass die polnische Untergrundführung nie einen Befehl erteilt hat, die Volksgarde, die sowjetischen Partisanen oder irgendwelche anderen Einheiten – mit Ausnahme der Deutschen – zu bekämpfen“.⁵⁹

Die Vorgaben der Zentrale spiegeln sich in den Befehlen der örtlichen Befehlshaber wider. General Albin Skroczynski („Łaszcz“), Befehlshaber des Gebiets Warschau der AK, riet seinen Soldaten nicht nur, möglichen Konflikten mit den Kommunisten aus dem Weg zu gehen, sondern befahl ihnen, die Kommunisten vor drohenden Gefahren seitens der Gestapo zu warnen.⁶⁰ Die BIP-Presse, die zwar scharf urteilte über den Charakter und die Rolle der Kommunisten, rief jedoch nie dazu auf, mit den Kommunisten abzurechnen, sie hielt immer fest an einem demokratischen Umgang mit dem politischen Gegner.

⁵⁹ ASPP, 3.1.2.1.4, Meldung von „Zych“ [Nowak-Jeziorański], Bl. 16, ohne Unterschrift.

⁶⁰ JAN GOZDAWA-GOLEBIOWSKI, Obszar Warszawski AK, Lublin 1992, S. 83.

Dieser Standpunkt wurde von der Mehrheit der Parteien, die 1944 den Rat der Nationalen Einheit bildeten, geteilt. Parolen, die zum aktiven Kampf gegen den „kommunistischen Verrat“ aufriefen, las man hingegen in der christdemokratischen Presse der SP, die eine „planmäßige und schrittweise Liquidierung der sowjetischen Befehlszentren“ forderte,⁶¹ womit zweifellos die physische Liquidierung des Gegners gemeint war. Dass die SP nie zur Tat schritt, ist eine ganz andere Geschichte.⁶² Ebenso radikal und konsequent war die Haltung des bereits mehrfach erwähnten „Blok“. Im AK-Bulletin „Agencja A“ schrieb man nicht nur von der Notwendigkeit, die Kommunisten zu isolieren, sondern forderte auch ihre vollständige Entfernung aus dem politischen Leben in Polen. Die AK-Führung verurteilte die Methode des bewaffneten Kampfes gegen die PPR.

Deshalb verhielt sich der Untergrund zurückhaltend und vermeid eine Eskalation des Konflikts mit der PPR, der in Anbetracht der heranziehenden Roten Armee nur Verluste gebracht hätte. Nicht unerwähnt bleiben sollte die Rolle der SL, die sich strikt gegen Kämpfe mit den Kommunisten aussprach (weshalb sie von den radikalen Rechten als prokommunistische Formation betrachtet wurde). Die Presse der Bauernpartei schrieb:

„Wir verteidigen uns mit unseren eigenen Kräften vor der Invasion einer Fremddiktatur und deren verheerenden Folgen. Deshalb auch haben sich unsere Kampfeinheiten klar distanziert von der blutigen Arbeit der faschistischen Einheiten des ONR, die unter dem Namen Nationale Streitkräfte firmieren“.⁶³

Soweit die Erklärung. Vor Ort kam es jedoch zu unterschiedlichen Situationen, sporadisch auch zu Konflikten. Häufig arbeitete man auch mit den kommunistischen Einheiten zusammen, was der radikalen Rechten Muniton lieferte, die Funktionäre der SL als Kryptokommunisten zu bezeichnen.

Angesichts jahrelanger Versäumnisse in der Forschung scheint es wenig wahrscheinlich, dass es noch gelingt, die oben erwähnten Informationen über Liquidierungsaktionen zu verifizieren, ebenso wie die von marxistischen Historikern gemachten Angaben sich nicht mehr überprüfen lassen, die das Bild vom Kampf der „reaktionären AK“ gegen die Kommunisten verzerren. Die Materialien aus den regionalen Befehlsstäben der AK sind unvollständig, die Analysen des Referats „Korweta“ und anderer Stellen sind allgemein gehalten und stützten sich darüber hinaus auf einseitige

⁶¹ Angesichts der bolschewistischen Gefahr, Reforma, 10.5.1943, in: SACEWICZ, Polskie Państwo Podziemne, S. 117. Am 30. Juni 1943 appellierte „Reforma“: „Es ist an der Zeit, diese Schädlinge zu vernichten.“; Ebd., S. 150.

⁶² SACEWICZ, Centralna prasa, S. 324.

⁶³ Zitiert aus PPR, Polska Ludowa, Januar 1944, Nr. 1, in: SACEWICZ, Centralna prasa, S. 324 f.

Meldungen. Heute – viele Jahre nach dem Krieg – eine vollständige und fundierte Arbeit über das Verhältnis zwischen den Gebietseinheiten der AK und der AL zu schreiben, wird schwierig sein. Man kann wohl eher vermuten, dass das Gros der Scharmützel nicht politisch oder ideologisch motiviert war, sondern durch die rücksichtslosen Versorgungsmethoden der kommunistischen Partisanen provoziert wurde, die auf den Widerstand der AK trafen. Die AK konnte es nicht hinnehmen – wie Adam Puławski bemerkte –, dass ihre Autorität vor Ort untergraben wurde.⁶⁴

Das Bild war also kein schwarz-weißes. Das Gebiet Warschau der AK ist ein Beispiel dafür. Der oben zitierte offizielle Standpunkt von General Skroczynski muss mit den bekannten Fakten konfrontiert werden. Man weiß, dass die Spionageabwehr dieses Gebietes die Kommunisten und ihre Anhänger intensiv beobachtete. „Die Zwei“ beäugte die Kommunisten umso misstrauischer, da sie – nach deren Meinung – die personelle Basis für verschiedene Banditengruppen sowie subversive Organisationen waren. Die Kommunisten in der Warschauer Umgebung wurden in fast jeder Gemeinde auskundschaftet. Obwohl es keinen politischen Willen gab, diese Informationen zu nutzen, kam es sporadisch zur Liquidierung von Kommunisten. Das Gros dieser Fälle muss in Verbindung gebracht werden mit den Befehlen von Komorowski und anderen AK-Führern zur Bekämpfung des Banditentums, denn die ermordeten Kommunisten wurden als gewöhnliche Kriminelle betrachtet und beschuldigt, zwecks räuberischer Requirierungen Mitglieder des konspirativen Netzes der AK angegriffen zu haben. So befahl der Kommandeur des Bezirks Białystok, Oberstleutnant Władysław Liniarski („Mścisław“), im Herbst 1943 seinen Offizieren „das örtliche Bandenwesen und den Kommunismus rücksichtslos zu bekämpfen, um das Hinterland zu säubern“.⁶⁵ Bei dieser Gelegenheit kam es auch zu politischen Morden.

Das Ergebnis dieser physischen Auseinandersetzung mit den Kommunisten ist nicht bekannt. Wir verfügen nur über allgemeine, unbestätigte Angaben für einige Gebiete Polens. In den Aufstellungen liquidierter Personen für den Zeitraum von April 1943 bis zum 14. Februar 1944 (für die Gebiete Białystok, Kielce, nördliches Masowien, Lublin, Nowogródek und Krakau⁶⁶) werden 52 liquidierte Mitglieder „kommunistischer Banden“, „sowjetische Agenten“ sowie „NKVD- und Gestapo-Spitzel“ aufgeführt, die man als Kommunisten verbuchen kann. Leider geht aus dem

⁶⁴ ADAM PUŁAWSKI, Sowiecki partyzant – polski problem, in: *Pamięć i Sprawiedliwość*, 2006, H. 1, S. 217–254, hier S. 239 f., 252.

⁶⁵ Zitiert nach IPN Gdańsk, 0046/433, Bd. 1, *Der Kampf der Heimatarmee und der Regierungsdelegatur mit der linken Bewegung (1939–1944)*, Warszawa 1974, Bl. 51.

⁶⁶ AIPN AK, 132, Aufstellungen liquidierter Spitzel, 17.4.1943-14.2.1944.

zitierten Dokument nicht hervor, wie viele davon Mitglieder der PPR und der GL-AL waren. Die Mehrzahl der oben aufgeführten Personen dürften sowjetische Staatsangehörige gewesen sein.

In der Zeit des Warschauer Aufstands⁶⁷

Unmittelbar vor dem Ausbruch des Aufstandes – zwischen dem 25. und 31. Juli 1944 – erließ Oberst Antoni Chruściel („Monter“) während einer Besprechung der Befehlshaber der Bezirke eine letzte Instruktion hinsichtlich des Umgangs mit den kommunistischen Einheiten. Wir kennen sie nur aus einer Notiz (vermutlich stammt sie vom Kommandanten des Stadtbezirks Praga), die aber sicherlich die Anweisungen des Kommandeurs des Bereichs Warschau korrekt wiedergibt. Neben dem versöhnlichen Ton, den wir bereits von früheren Instruktionen her kennen, enthält sie eine Anweisung, die im Vergleich zu früher ein wesentlich entschiedeneres Vorgehen anmahnt. Sie lautete wie folgt:

„Verhalten gegenüber der PPR:
Keine Spannungen hervorrufen – lavieren – nicht provozieren.
Wenn sie uns gegenüber aggressiv auftreten – liquidieren“.⁶⁸

Der erste Prüfstein für die Führung des Polnischen Untergrundstaates war die provokante Erklärung der PAL-Generäle Julian Skokowski und Henryk Borucki vom 30. Juli 1944, in der sie die Warschauer zum Aufstand aufriefen und erklärten, General Komorowski und die NSZ seien aus Warschau geflohen. Die AK-Führung reagierte im Eifer der Mobilmachung nicht darauf, sie wollte und konnte auch später nichts dagegen unternehmen. Trotz der bisherigen Erfahrungen setzte sie weiterhin auf eine Verständigung und bemühte sich, die politischen Streithähne der PAL – wie man sie nannte – unter Kontrolle zu bekommen. Ziel war es, die Position der PPR zu schwächen.

Am 11. August regelte Chruściel im Auftrag von Komorowski endgültig die Beziehungen zur PAL und verkündete die Unterstellung dieser militärischen Formation unter das Kommando der AK. Eine Übereinkunft mit dem

⁶⁷ Zum Verhältnis AK – Kommunisten während des Warschauer Aufstands: JANUSZ MARSZAŁEC, Armia Krajowa a komuniści i ich stronnicy w czasie Powstania Warszawskiego, in: Powstanie Warszawskie. Fakty i mity, hg. v. KAZIMIERZ KRAJEWSKI / TOMASZ LABUSZEWSKI, Warszawa 2006, S. 60-99. Das Kapitel basiert auf diesem Artikel.

⁶⁸ Zitiert nach: ANTONI PRZGOŃSKI, Udział PPR i AL w Powstaniu Warszawskim, Warszawa 1970, S. 85. Das Original befindet sich in den Beständen der ehemaligen Militärhistorischen Forschungsstelle (heute im Militärischen Zentrum für Bürgererziehung) III/42/50.

zahlenmäßig größeren und kampfstärkeren Sicherheitskorps des Bezirks Warschau wurde etwas später erzielt. Die Zusammenarbeit verlief reibungslos, bis am 16. September AL, PAL und KB die Gründung der Vereinten Streitkräfte (*Polaczone Siły Zbrojne*) bekanntgaben. Jedoch auch danach blieben diese Gruppen taktisch dem AK-Befehl unterstellt. Die Beziehungen waren also korrekt, stellenweise sogar gut, obwohl in puncto Verpflegung kleinere Spannungen auftraten, die für das aufständische Warschau typisch waren.⁶⁹

Wesentlich schwerer wog das Verlassen der Kampfstellungen in der Schlussphase der Verteidigung der Altstadt durch die AL, ohne zuvor den Befehlshaber des Abschnitts darüber informiert zu haben. Oberst Karol Ziemska („Wachnowski“), der die Verteidigung der Altstadt leitete, verzichtete darauf, die AL-Soldaten vor Gericht zu stellen. Jedoch nicht allein politische Motive waren ausschlaggebend dafür, dass Ziemska Milde walten ließ, sondern auch die für eine aufständische Freiwilligenarmee typische Neigung, Desertion zu rechtfertigen, spielte dabei eine Rolle. Die Führer des Aufstands reagierten auch nicht auf Akte politischer Diversion.⁷⁰

Die sich verschlechternde Kriegssituation zwang die Führung des Untergrundstaates, die Frage der politischen Zusammenarbeit mit den Kommunisten grundlegend zu überdenken. Am 18. September (als die sowjetischen Truppen den Warschauer Stadtteil Praga bereits eingenommen hatten) beschloss der Polnische Ministerrat die PPR im geplanten Warschauer Rat (der Vertretung der Warschauer Bevölkerung) mit zu berücksichtigen, und drei Tage danach entschied man sich bereits offizielle Gespräche aufzunehmen, um zu sondieren, ob die PPR dem Rat beitrete.⁷¹ Die Ergebnisse dieser Gespräche sind nicht bekannt, wir wissen nicht einmal, ob es überhaupt zu Gesprächen kam.

Zu politischen Gesprächen mit den Kommunisten konnte man sich erst durchringen, als die polnische Führung bereits, wie Zygmunt Zaremba („Marcin“) es formulierte, auf dem „OP-Tisch“ lag.⁷² Im September verabschiedete der Rat der Nationalen Einheit einstimmig das von Premierminister Mikołajczyk aus London geschickte (und vom Rat nur geringfügig abgeänderte) „Memorandum A“, das eine Erweiterung der Regierung um die PPR im Verhältnis 4:1 vorsah. Dies bedeutete jedoch nicht die sofortige Aufnahme von Gesprächen mit den Warschauer Kommunisten, da das

⁶⁹ ZENON KLISZKO, Powstanie Warszawskie, Warszawa 1967, S. 190.

⁷⁰ JANUSZ KAZIMIERZ ZAWODNY, Powstanie Warszawskie w walce i dyplomacji, Warszawa 1994, S. 251.

⁷¹ AAN 429/1, Sitzungsprotokolle des Polnischen Ministerrats, 13.9., 18.9., 21.9. 1944, Bl. 14, 20, 23.

⁷² ZYGMUNT ZAREMBA, Powstanie sierpniowe, Warszawa 1990, S. 202.

„Memorandum“ ein Vorschlag an das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (*Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego*, PKWN) war und nicht an die PPR. Der Polnische Ministerrat beschloss, bis zum Schluss die Rolle des Hausherrn in Stadt und Land zu spielen, keine Schritte zu ergreifen, die als Kollaboration gedeutet werden konnten, schon gar nicht mit dritt-rangigen PPR-Politikern ohne jeglichen gesellschaftlichen Rückhalt. Gespräche wollte man erst nach einer Einigung zwischen der Londoner Regierung und dem Lubliner Komitee führen.⁷³

Trotz des gescheiterten Versuchs, eine Übereinkunft herbeizuführen, war der Aufstand der einzige Moment während des Zweiten Weltkriegs, in dem die Führung des Untergrundstaates die Kommunisten als Partner anerkannte. 1966 sagte Tadeusz Żencykowski („Kania“), ehemaliges Mitglied des SKA und vor dem 1. August 1944 antikommunistischer Propagandist: „Wir hätten sie [die Kommunisten, J. M.] anders behandeln können, doch jeder Pole hat ein Recht, sich um Polen zu schlagen“.⁷⁴

Heute lässt sich schwer sagen, welches Motiv größeres Gewicht hatte. Die Befürchtung, den großen Protektor der PPR, die Sowjets, zu erzürnen, oder die demokratische Haltung des Polnischen Staates, der den Untergrund verlässt? Der zweite Faktor scheint im Rausch der Freiheit während jener Augusttage mindestens ebenso wichtig gewesen zu sein, wie der erste. Die Politik der AK-Führung und der zivilen Regierungsvertreter gegenüber den Kommunisten und ihren Anhängern war durch Misstrauen, aber nicht durch Feindseligkeit gekennzeichnet. Die Führung des Aufstands konnte sich nicht dazu durchringen, der kommunistischen Propaganda etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen. Es gab weder zeitlich koordinierte noch offensive Aktionen. Auch die polizeilichen und nachrichtendienstlichen Aktivitäten der militärischen und zivilen Stellen der AK und der Delegatur zur Sicherung der eigenen Interessen unter den erschwerten Bedingungen des Krieges bewegten sich im Rahmen dessen, was in demokratischen Systemen allgemein akzeptiert wird.

⁷³ MARIAN MAREK DROZDOWSKI, *Rząd polski na emigracji a Powstanie Warszawskie*, Warszawa 1995, S. 64; Brief von Kazmierz Pużak (siehe Anm. 2), S. 70; TADEUSZ BÓRKOMOROWSKI, *Powstanie Warszawskie*, hg. v. WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI / ANDRZEJ KRZYSZTOF KUNERT, Warszawa 2004, S. 184-188.

⁷⁴ JANUSZ KAZIMIERZ ZAWODNY, *Uczestnicy i świadkowie Powstania Warszawskiego. Wywiady*, hg. v. ANDRZEJ KRZYSZTOF KUNERT, Warszawa 2004, S. 227.

Bilanz

Die endgültige Bilanz der Beziehungen zwischen dem Untergrundstaat und der PPR fiel für ersteren natürlich ungünstig aus. Gleichzeitig aber nahmen sie keine tragischen Züge an, wie so viele andere Kriegskonflikte. Das lag daran, dass die Untergrundführung ausschließlich Propaganda betrieb, und es um jeden Preis vermied, sich in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickeln zu lassen. Sie glaubte, dass die physische Liquidierung der kommunistischen Bedrohung nicht in ihrem Interesse sei. Verwirft man die – zumindest für viele einleuchtende – These, dass die lebendigen Kräfte des Volkes ein übergeordneter Wert seien, dann könnte man sich der Meinung einiger zeitgenössischer Publizisten und Historiker anschließen, die dem Oberkommando und der Regierungsdelegatur vorhalten, allzu nachsichtig gewesen zu sein, auf eine physische Liquidierung der kommunistischen Bedrohung verzichtet zu haben. Diese Politik der Mäßigung wurde von der AK und der Delegatur auf ungeheuren Druck der öffentlichen Meinung betrieben, die zwar territoriale Zugeständnisse gegenüber der UdSSR ablehnte, aber auch keinen bürgerkriegsähnlichen Konflikt wollte.

Von einer Übereinkunft mit der PPR im Jahr 1943 oder im ersten Halbjahr 1944 konnte keine Rede sein. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille, denn auch die PPR wollte keine Beziehung eingehen mit dem von ihr in der Presse brutal bekämpften Untergrundstaat. Im politischen Tagesgeschäft bluffte sie und gab sich mit der Rolle der Opposition zufrieden. Diese Taktik, die sich auf die Macht der näherrückenden Roten Armee stützte, verschaffte dieser strukturell und personell schwachen Gruppe Trümpfe für die Zukunft. In dieser Situation stand die Führung des Untergrundstaates auf verlorenem Posten.